

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e. V.

Nr. 8/96 * Infopreis: 0,00 DM * Gegen Spenden kein Einspruch * August 1996

Aus dem Herzen gesprochen

Viele – aber noch längst nicht alle – der jahrelang von politisch motiviert gekürzten Renten Betroffenen haben sich in der Vergangenheit schon an das UNO-Zentrum für Menschenrechte gewandt und auf die Willkür des Rentenstrafrechts aufmerksam gemacht.

Mit besonderem Interesse wurde daher die nachfolgende Meldung in der Zeitung „Neues Deutschland“ vom 3. Juni aufgenommen.

Menschenrechte **Beschwerde** bei der UNO

Ost-Unrecht soll Vereinte Nationen beschäftigen

von Wolfgang Hübner

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) hat auf einer Konferenz am Wochenende eine Beschwerde über Menschenrechtsverletzungen im Einigungsprozess an die UNO auf den Weg gebracht. Wie GBM-Präsident Prof. Wolfgang Richter gegenüber ND sagte, werden darin Verletzungen des Diskriminierungsverbots, Fälle von Rentenstrafrecht, rückwirkende Strafverfolgung und Entgeltnungen aufgelistet. Die UN-Beschwerde, ein Resümee der fünfjährigen GBM-Arbeit, wird u. a. von den Komitees für Gerechtigkeit und der Initiative gegen Berufsverbote unterstützt.

In einer Resolution kritisiert die GBM, daß Ostdeutsche durch Renten- und Versorgungsrecht sowie gesetzliche Ungleichheit »zuletzt gedemütigt und sozial

ausgegrenzt« werden. Die Bundestagsentschließung zum Frauenrentenrecht von 1991 sei noch immer nicht verwirklicht. Der Rentenwert Ost liege 17,8 Prozent unter dem Rentenwert West. Die GBM fordert, in der DDR erworbene Ansprüche anzuerkennen und außer Korrekturen der Rentenüberleitung das Rentenrecht für 1996/97 einzufrieren, um schnelle Lösungen ohne demokratische Diskussion zu verhindern. Für diese Forderungen sammelten Rentnerverbände bisher 35 000 Unterschriften.

Auch in Zukunft, so Richter, werde sich die GBM stark für soziale Menschenrechte einsetzen. Sie gehört zu den Aufzählern für den Sternmarsch gegen Sozialabbau am 15. Juni in Bonn. Diese Aktion könnte »die Schwelle der Gleichgültigkeit der Bundesregierung überschreiten«, hofft Richter. Ende 1996 will die GBM erstmals einen Preis für Verdienste um die Wahrung der Menschenrechte in den neuen Bundesländern verleihen.

Jetzt sollte es für alle, die bisher noch nicht beim UNO-Zentrum für Menschenrechte mit der Schilderung der eigenen Betroffenheit vorstellig geworden sind, darauf ankommen, diese Aktivität der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) mit ihren Briefen zu unterstützen. Die Freunde, die sich bereits an das UNO-Zentrum für Menschenrechte gewandt haben, könnten unter Bezug auf die Beschwerde der GBM noch einmal an ihr bereits erfolgtes, das Grundanliegen der GBM-Beschwerde durch die Details des Einzelschicksals bestätigendes Schreiben erinnern:

UNO-Zentrum für Menschenrechte, Palais des Nations, CH 1211 Genf 10, Schweiz.

Wie es weiter- gehen soll . . .

. . . mit der längst fälligen Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes ist aus verschiedenen brieflichen Antworten der Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages, Frau Ulrike Mascher, zu entnehmen.

Sie schrieb u. a.: *Es gibt „mittlerweile einen durch einen Kabinettsbeschluß zustande gekommenen Änderungsantrag der Regierung (zum AAÜG; d. Red.), der den Ausschuß über den Bundesrat erreicht hat. In diesem Antrag werden zwar für einen Teil der Betroffenen die Rentenkürzungen zurückgenommen, aber nach wie vor wird eine politische Bewertung der Tätigkeit von bestimmten Personengruppen in der DDR durch eine Kürzung von Rentenansprüchen vorgenommen. Der Änderungsantrag spricht hier von Abbau von Privilegien. Damit wird weiterhin die Wertneutralität des Rentenrechts, des Sozialrechts verletzt.“*

Und weiter:

„Mit Beschluß vom heutigen Tag (27. 06. 1996) soll der reduzierte Korrekturvorschlag der Bundesregierung in der 39. Kalenderwoche (d. h. zwischen 23. und 28. 09. 1996; d. Red.) im Ausschuß beraten und noch in der gleichen Woche im Plenum in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden.“

In einem anderen Brief heißt es:

„Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages wird seine Beratung zu diesem Gesetzentwurf nach der Sommerpause, voraussichtlich noch im September aufnehmen. Derzeit läßt sich aber noch nicht sagen, ob es angesichts der zahlreichen Eingaben von Betroffenen im Zuge der Gesetzesberatungen noch zu Änderungen bei der vorgesehenen Beibehaltung der rentenrechtlichen Regelungen für ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit kommen wird.“

DGB: Der 7. September ist Protesttag

Der DGB will am 7. September in Berlin, Leipzig Dortmund, Hamburg, Ludwigshafen und Stuttgart gegen die Pläne zum Sozialabbau protestieren, um das Paket „sozialer Grausamkeiten“ der Bundesregierung „deutlich zu korrigieren“. Dieses Datum liegt zwischen der Sondersitzung des Bundestages am 28. August und der möglicherweise entscheidenden Sitzung des Parlaments am 13. September, an dem nach den Plänen der CDU/CSU-Fraktion die Gesetze zum Sozialabbau endgültig

bestätigt werden sollen. Darüber hinaus verlautet, daß der DGB weitere Widerstandsaktionen organisieren will. DGB-Chef Schulte sagte, der bisherige Widerstand habe bei Abgeordneten aus dem Regierungslager bereits zum Nachdenken geführt.

Der Vorstand ruft alle ISOR-Mitglieder auf, insbesondere in den Zentren der geplanten Kundgebungen und deren weiterer Umgebung, sich an dem Protesttag gegen den sozialen Kahlschlag zu beteiligen und

alle weiteren Widerstandsaktionen dagegen zu unterstützen. Dabei geht es insbesondere darum, das Anliegen von ISOR e.V. zur vollständigen Beseitigung des Rentenstrafrechts einzubringen. Unsere Teilnahme am Protesttag in Bonn hat Möglichkeiten dafür erwiesen.

(Ort und Zeit der Kundgebungen bitten wir, der Tagespresse zu entnehmen oder bei den örtlichen Gewerkschaftsorganisationen zu erfragen.)

Durchscheinende Absichten

Es war eine ganz normale Versammlung, zu der die TIG Schwerin am 3. Juni dieses Jahres eingeladen hatte. Tagesordnung: Unser Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts. Prominenter Gast war Hinrich Kuessner (SPD), stellvertretender Ministerpräsident und Sozialminister von Mecklenburg-Vorpommern, bekannt für seine objektive und aufrichtige Haltung zur Rentenpolitik. Schon im September 1994 hatte er eine Presseerklärung „Das Strafrecht muß aus dem Rentenrecht“ der Öffentlichkeit übergeben. Es war also ein offener und ehrlicher Meinungsaustausch zu erwarten. Tatsächlich, unterschiedliche Meinungen wurden nicht verschwiegen - wie üblich. So fand man auch Verständnis füreinander.

Minister Kuessner charakterisierte das Verhängen von Strafparagrafen im Rentenrecht als eine in mehrfacher Hinsicht politisch falsche Entscheidung. Er selbst hatte 1991 im Bundestag die Rentenkappung befürwortet. Couragiert korrigierte er den damaligen Standpunkt, zuletzt im Plädoyer

treten Hinrich Kuessners gegen das Rentenstrafrecht zu inszenieren.

Das liest sich so: „Kuessner empfiehlt Stasi-Leuten den Parteieintritt“ (Ostseezeitung vom 5.7.96). Kein Teilnehmer der Versammlung vom 5. Juli hatte derartiges gehört. Doch die „Ostsee-Zeitung“ verwandelte über Nacht eine Diskussionsrunde zum Rentenstrafrecht in eine Werbeveranstaltung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Sozialministers für die SPD. Dazu von ddpADN hinterfragt, Herr Kuessners eindeutige Reaktion: Dazu seien beide Seiten „politisch viel zu weit voneinander entfernt“. Hauptthema aller Gespräche mit ISOR sei stets das RÜG gewesen.

Und weiter war zu lesen: „Kuessner will Vorbehalte gegen MfS-Leute abbauen“ (Schweriner Volkszeitung vom 4.7.96). Herhalten mußte auch hier Herr Kuessners Eintreten für die vollständige Beseitigung des Strafrechts im Rentenrecht. Der Artikel verschweigt dazu auch nicht seine bekannte Position zu dem Re-

Hintergrund entstehen für viele Menschen hierzulande, vor allem für uns, wiederum Betroffene, diese Fragen: Handelt es sich nicht offensichtlich um gezielte Ablenkungsmanöver vom halbherzigen Regierungsentwurf zur Novellierung des AAÜG? Soll nicht jetzt das soziale Anliegen unserer Gemeinschaft zunehmend öffentlich diskreditiert werden? Und soll nicht mittels trickreichen politischen Differenzierens unsere feste Solidarität ins Wanken gebracht werden?

Das zeigt, unser Kampf wird nicht einfacher.

Siegfried Felgner
Dr. Dietrich Richter

Standpunkte

Von unseren Freunden Gerhard Meister aus Merseburg und Werner Frenzel aus Aschersleben wurden uns Antwortbriefe, die sie von Politikern erhielten, zur Verfügung gestellt.

Aus der Antwort des Chefs der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen:

„... für Ihren an Herrn Ministerpräsident Dr. h. c. Johannes Rau gerichteten Brief, mit dem Sie sich im Hinblick auf die geplante Beibehaltung der rentenrechtlichen Begrenzungsregelungen für frühere hauptberufliche MfS-Mitarbeiter der ehemaligen DDR gegen die von der Bundesregierung vorgeschlagene Novelle zum Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz wenden, danke ich Ihnen.

Der Bundesrat hat sich am 3. Mai 1996 im ersten Beratungsdurchgang mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung befaßt und die in Ihrem Brief angesprochenen Aspekte auch im Zusammenhang mit der vom Land Berlin eingebrachten Initiative zur Änderung der Rentenüberleitung erörtert. Der Vorstoß Berlins hat jedoch keine Mehrheit gefunden, während der Bundesrat in seiner Stellungnahme zu dem Vorhaben der Bundesregierung hinsichtlich der von Ihnen aufgeworfenen Frage keine Einwendungen erhoben hat.

Nun bleibt zunächst das Ergebnis des weiteren Gesetzgebungsverfahrens im Bundestag abzuwarten....“

Aus der Antwort des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt:

„... Das Problem der Novellierung des Rentenüberleitungsgesetzes wird von der Landesregierung mit besonderem Interesse, aber auch mit Sorge beobachtet. Die Ausgrenzung eines nicht unerheblich großen Personenkreises durch politisch motivierte Begrenzungsregelungen bei der Rentenhöhe ist ein beträchtliches Hindernis beim Zusammenwachsen Deutschlands. Ich vertrete die Auffassung, daß das Rentenversicherungsrecht politisch wertneutral bleiben muß.

Die Bundesratsinitiative des Landes Berlin von Ende September des vergangenen

Fortsetzung auf Seite 3

Kuessner will Vorbehalte gegen MfS-Leute abbauen

Minister debattierte mit ISOR über Rentenrecht

Kuessner im Kreuzfeuer

Umgang mit Isor sorgt weiter für Streit

Kuessner empfiehlt Stasi-Leuten den Parteieintritt

Sozialminister besuchte Standsverein ehemaliger Offiziere und Mitarbeiter

CDU empört über Isor-Kontakt Kuessners

im Bundesrat am 3. Mai 1996 (siehe *ISOR aktuell* Nr. 6/96). Die für den Herbst dieses Jahres zur Verabschiedung avisierte geänderte Fassung des AAÜG bezeichnete Herr Kuessner auf unserer Versammlung als halbherzig. Er riet den hauptsächlich davon betroffenen ehemaligen MfS-Angehörigen unter unseren Mitgliedern, sich nicht zu verschanzen, sich mehr noch öffentlich einzubringen, um bestehende Mauern abzubauen. Er versprach seinerseits, zumindest in seiner Partei, sich ebenso dafür einzusetzen. Seine Begründung: Man könne nur gemeinsam an der Zukunft arbeiten, wenn man miteinander redet und sich nicht gegenseitig in die Ecke stellt.

Auf eine nicht ganz normale Berichterstattung verlegten sich daraufhin einige Presseorgane in Mecklenburg-Vorpommern sowie einige überregionale Blätter, indem sie über mehrere Tage hinweg eine schamlose Verleumdungsattacke gegen unsere Gemeinschaft führten. Mittels alter Mäuschen - Verdrehung von Tatsachen, Unterstellung erfundener Absichten, bewußter Mißdeutung von Äußerungen, Erfindung neuer ISOR-Strukturen und anderes versuchten die Blätter, massiv Stimmung gegen ISOR und das erneute öffentliche Auf-

gierungsentwurf. Am Ende aber suggerierte man dem Leser hintergründig, wie unsinnig das Bemühen um vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts letztlich wohl sei. Zitat aus der Zeitung: „Der Rechtsstaat, grimmte der Ex-Gefängnischef von Bützow, führt dazu, daß der Mörder seine gerechte Rente kriegt und wir, die wir uns an die Gesetze gehalten haben, nicht. Man hätte die Waffe wohl zu früh friedlich aus der Hand gegeben.“

Prompt „empörte“ sich die CDU in der Presse über den Besuch Kuessners bei ISOR. Fraktionschef Rehberg behauptete sogleich: ISOR bedauere die gewaltfreie Wende in der DDR. Einer „kurzsichtigen“ Äußerung eines Einzelnen (so bezeichnete es Herr Kuessner) wurde kurzerhand die verleumderische Verallgemeinerung angehängt. Die Ostseezeitung frohlockte schließlich am 9.7.96: „Umgang mit ISOR sorgt weiter für Streit.“ Allerdings, erfolglos suchen deren Leser bis heute vergeblich die im Umgang mit der Wahrheit gebotene Zurücknahme der Unterstellung, ISOR sei gemeinschaftlich extremistisch eingestellt.

Die Frage ist: Wem nützt gegenwärtig eine angeheizte Atmosphäre, wo Sachlichkeit und Offenheit geboten sind? Vor diesem

Fortsetzung von Seite 2

Jahres zur Änderung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes und zur Korrektur der Rentenüberleitung trägt dem Grundsatz der Wertneutralität des Rentenrechts weitgehend Rechnung und wird daher von der Landesregierung Sachsen-Anhalts – so auch ein Kabinettsbeschluss vom 10. 10. 1995 – ausdrücklich unterstützt. Zwischenzeitlich liegt auch ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung der Rentenüberleitung vor, der Anfang Februar 1996 den Verbänden und den Ländern vorgestellt wurde.

In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik des Bundesrates am 18.04.1996 hat die Berliner Initiative keine Mehrheit gefunden. Das Land Sachsen-Anhalt hat daher zu dem vom Ausschuss präferierten Entwurf des Bundes einen Änderungsantrag mit dem Ziel der Erreichung der im Berliner Entwurf enthaltenen, zeitlich begrenzten echten Zusatzversorgung gestellt. Leider blieb der Initiative Sachsen-Anhalts die Zustimmung des Ausschusses verwehrt.

Der nach meinem Dafürhalten nicht weit genug gehende Entwurf des Bundes hat aber nach der jahrelangen Diskussion um die Novellierung der Rentenüberleitung durchaus Kompromißcharakter. Ein Beharren auf dem Berliner Entwurf würde letztlich nicht dem verständlichen Wunsch der sonstigen Betroffenen gerecht, endlich in den Genuß von Verbesserungen des Rentenüberleitungsrechts zu kommen.“



Aus der Postmappe

Uns erreichten weitere Erlebnisberichte und Stellungnahmen zur Großdemonstration in Bonn am 15.6.1996.

Charlotte Staudte aus Dresden schrieb: „Bereits vor der Fahrt nach Bonn unterstützte die TIG Dresden die Kundgebung mit ihrer Unterschrift... Der bis zum letzten Platz gefüllte lange Sonderzug machte bereits in Dresden deutlich, daß auch im 'schwarzen Sachsen' der Unmut über den sozialen Kahlschlag wächst und die Menschen nicht gewillt sind, sich länger über den Tisch ziehen zu lassen.

Alle unsere Erwartungen wurden dann jedoch übertroffen. Es ging nicht um Ossi oder Wessi, sondern die 350.000 waren eine Einheit und demonstrierten damit ihre Stärke. Auch die Dresdner ISOR-Vertreter bewiesen Solidarität. Neben dem ehemaligen Angehörigen der NVA demonstrierte der ehemalige VP-Angehörige ebenso wie der ehemalige Mitarbeiter des MfS. Das gibt uns die Zuversicht, daß es den Regierenden nicht gelingen wird, uns auseinander zu bringen.

Wer in Bonn-Beuel dabei war und erlebte,

welches Echo die Ausführungen Gregor Gysis insbesondere bei den dort stark vertretenen jungen Leuten fand, kann eigentlich recht zuversichtlich sein. Die Fahrt nach Bonn wird allen Beteiligten unvergessen bleiben und gab uns für den weiteren Kampf neue Kraft. Wir werden diese Erfahrungen zur weiteren Stärkung unserer Solidargemeinschaft nutzen.

Bereits am 19.06.96 beteiligte sich ISOR in Dresden an einer vom DGB organisierten Kundgebung gegen Sozialabbau.

Aus Rostock erhielten wir die nachfolgende Zuschrift von Horst Zöllnick:

„47 ISOR-Mitglieder aus Rostock, Kühlungsborn, Bad Doberan und Wismar fuhrten mit dem Bus zur Kundgebung



nach Bonn und reihten sich dort in den Demonstrationszug ein, um für die Abschaffung des Rentenstrafrechts zu demonstrieren. (Siehe Foto) Die Grundgesetzwidrigkeit hört bei den jetzigen Rentnern nicht auf. Sie betrifft Jüngere später genau so, wie Witwen und Waisen, wenn es keine endgültige Abschaffung des Rentenstrafrechts gibt.

Der Tenor in den Gesprächen war eindeutig: Wir lassen uns nicht „Ver-Kohl-en“ von dieser Regierung. Die soziale Raubpolitik trifft, wie immer, nur die Bürger mit niedrigem Einkommen. Die Reichen werden durch das geplante Sparpaket noch reicher und die Armen immer ärmer.“

★

Unser Freund Hans Schneider aus Erfurt schreibt uns, daß Solidarität sich nicht nur im Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts erschöpfen darf. Er verweist auf die notwendige Solidarität für die von politischer Strafverfolgung betroffenen ehemaligen Repräsentanten und Funktionsträger der DDR und mahnt zugleich an, auch die Forderung nach Freilassung aller inhaftierten Bürger der „Alt“-BRD zu unterstützen, die zur Erhaltung des Friedens in Europa beitragen wollten und daher aus Überzeugung Kundschafter des Friedens waren.

TIG in Kürze

38 Unterschriften trägt eine in der Mitgliederversammlung in der TIG Schwarzenberg Ende Juni 1996 verabschiedete Petition an das UNO-Zentrum für Menschen-

rechte in Genf, an den Petitionsausschuß des Bundestages und an das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie. Darin wurde erneut gegen politisches Strafrecht bei der Rentenbemessung protestiert und ungebrochen solidarisches Zusammenstehen für dessen Überwindung zum Ausdruck gebracht.

★

Der Vorstand der TIG Wittenberge/Perleberg befaßte sich mit dem Stand im Ringen um Rentengerechtigkeit. Der z.Zt. in Beratung befindliche Entwurf zur Veränderung und Ergänzung des AAÜG wurde als Teilerfolg mit Befriedigung aufgenommen, zugleich aber klargestellt, daß der Kampf bisher nicht zur vollständigen Beseitigung des Rentenstrafrechts geführt hat. Dadurch bleiben viele Mitglieder nach wie vor von einem Ergebnis ausgeschlossen. Es wurden konkrete Aufgaben beraten, um unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ alle Mitglieder in weitere Aktivitäten einzubeziehen und neue Mitglieder zu gewinnen.

In der TIG ist die Bereitschaft vorhanden, trotz Ausgrenzungsversuche im Kampf um Rentengerechtigkeit nicht nachzulassen.

★

Erfahrungsaustausche mit dem Vorstand der Kameradschaft Ehemalige des DBwV und mit dem Sprecher der Ortsgruppe des BRH im Beamtensbund führte die TIG Oranienburg durch. Über ähnliche Aktivitäten berichteten auch die TIG Halle 3 und Frankfurt/Oder.

★

Einhellige Zustimmung fanden in der Mitgliederversammlung der TIG Wolmirstedt die Ausführungen von ISOR-Vorstandsmitglied Bernhard Geier zur gegenwärtigen Lage im Ringen um Rentengerechtigkeit und zur weiteren Arbeit unseres Vereins.

★

Nahezu 40 Mitglieder der TIG Riesa haben sich im 2. Quartal in persönlichen Briefen an den Petitionsausschuß des Bundestages gewandt. Sie brachten darin u. a. ihr Unverständnis über die Hinauszögerung einer Rentenrechtsänderung und ihr Befremden über das Festhalten am Rentenstrafrecht für einen Teil der Betroffenen zum Ausdruck.

Aus dem Vereinsleben

Georg Reißaus aus der TIG Plauen schrieb uns zum Thema Vereinsleben:

„Ich wurde im September 1995 operiert, lag einige Wochen im Krankenhaus und anschließend in der ReHa-Klinik. Während dieser Zeit hat sich Freund Jaensch, Mitglied unserer TIG in vorbildlicher Weise um mich gekümmert. Besuche im Krankenhaus und in der ReHa-Klinik in Bad Elster waren für ihn selbstverständlich. Er sprach mir Mut zu. Da wir kein Auto besitzen, fuhr

Fortsetzung auf Seite 4

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Fortsetzung von Seite 3

er meine Frau mehrfach mit seinem PKW zur Erledigung behördlicher Angelegenheiten, ohne hierfür auch nur einen Pfennig anzunehmen. Für ihn bedeutete dies einfach menschliche Hilfe, für die wir ihm dankbar sind. Auch daraus ist ersichtlich, daß ISOR nicht nur Beiträge kassiert, sondern auch für die umfassenden persönlichen Probleme seiner Mitglieder da ist."

★

Als vollen Erfolg, der auch den Zusammenhalt der ISOR-Mitglieder und Sympathisanten festigte, werteten die Teilnehmer eine von der TIG Stollberg organisierte Ausfahrt in den Spreewald.

★

Eine erweiterte Vorstandssitzung der TIG Berlin-Köpenick zog im Juni 1996 Bilanz: Das Ziel, endlich für alle über 80 Jahre alten Vereinsmitglieder einen neuen Rentenbescheid zu erhalten, wurde erreicht. Viele von ihnen bezogen Anfang 1996 immer noch die 802-DM-Rente.

Auch das Ziel, für alle über 70jährigen eine schnellere Renten Neuberechnung zu erreichen, wurde erreicht. Hierzu war u. a. auf die Ausstellung der Entgeltbescheide durch die Polizeidirektionen zu dringen, wobei das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg und Schippert Unterstützung leistete.

★

Der Vorstand der TIG Bützow mit den Mitgliedern über weitere Formen der Arbeit beraten und den Vorstand erweitern und verjüngen. Er hat seinen Standpunkt im „Mecklenburger Blitz“ veröffentlicht und ihn so einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Darin heißt es u.a.: „Wer als Betroffener des Rentenstrafrechts oder noch immer nicht beseitigter Überführungslücken verschiedener Berufsgruppen und Behinderter sich der Hoffnung hingab, der Bundestag würde nach Beratung im Bundesrat nun endlich eine Entscheidung fällen, sieht sich wieder einmal arg getäuscht. Der Bundestag am 24.05.1996 mit den Stimmen der CDU/CSU und FDP Gesetzesentwürfe der PDS und der SPD zur Aufhebung der Strafrenten ab. Die Gesetzesinitiative des Landes Berlin, die zwar nicht die volle Beseitigung des Rentenstrafrechts vorsah, jedoch eine Alternative zum Regierungsentwurf darstellte, wurde schon am 3.5.96 im Bundesrat zu Fall gebracht. Der Gerechtigkeit halber muß deutlich gesagt werden, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Eberhard Diepgen, bis zuletzt am Berliner Entwurf und damit am Wahlversprechen vom Herbst 1995 festhielt. Dazu gehört auch der Sozialminister unseres Landes, Herr Kuessner... Solidarisches Handeln auf politischem wie auf dem Rechtsweg ist also in noch stärkerem Maße erforderlich.“

Forum

Wir erhielten weitere Zuschriften auf den Brief des ISOR-Geschäftsführers Bernhard Elsner in ISOR aktuell 5/96

„Wenngleich ich nicht fünf Jahre ISOR-Mitglied bin – bei mir sind es 'erst' drei Jahre – so kann ich Dir versichern, daß ich zu keiner Zeit meine Mitgliedschaft bereut habe. Ich lese sehr gern unser Mitteilungsblatt und gehe regelmäßig zu den Versammlungen unserer TIG, wenngleich in den Versammlungen nicht alles 'super' ist – noch immer quatscht man sehr viel – trifft man doch hier Gleichgesinnte, die alle das Ziel haben, Unrecht zu überwinden, Gemeinsamkeiten zu pflegen, sich zu treffen, niemanden allein zu lassen. Darum geht es wohl. Erfreulich daher ist, daß mit uns immer mehr ehemalige Angehörige der NVA gemeinsam wirken. Mit Mitstreitern, die sich 'befriedigt' finden oder gar 'Trittbrettfahrem' stelle ich mich nicht auf eine Stufe. Derartige Handlungsweisen sind verwerflich. Ausgehend von meiner Auffassung – ich war über 40 Jahre VP-Angehöriger – bin ich überzeugt, der Zusammenhalt bleibt, man kann uns nicht spalten. Die Solidarität mit all denen, denen man Gerechtigkeit versagen will – es gibt ja bislang für keinen von uns Gerechtigkeit – wird, davon bin ich überzeugt, weiter bestehen bleiben. In unserer TIG sehe ich bislang keine derartigen Tendenzen.

Also, lieber Bernhard Elsner, wenngleich dieser Staat nichts unversucht lassen wird, uns wie auch vielen anderen zustehende Rechte – nicht nur diese – streitig zu machen, wir 'halten die Stange', 'wir bleiben dran'. Wir wollen Solidarität üben, egal ob hier oder da der Arbeitsplatz war.“

Günter Schmidt, Torgau

★

Bei allem Wenn und Aber – ISOR hat im Kampf gegen das Rentenrecht eine erfolgreiche Bilanz aufzuweisen. Es muß weitergehen und wir müssen eine geschlossene Front von Streikern gegen das Unrecht bleiben.

Ich appelliere an die ehemaligen jungen Mitarbeiter der bewaffneten Organe, daß sie sich unserem schwierigen Kampf anschließen. Werdet Mitglied von ISOR, es geht in der gegenwärtigen Phase auch um die Interessen derer die heute noch keinen Anspruch auf eine gerechte Rente haben.

Um keinen von uns macht die Politik der heutigen Machthaber einen Bogen. Gerade deshalb – „Vorwärts und nicht vergessen – die Solidarität!“

Nutzen wir alle als Betroffene die Chancen, die wir jetzt noch haben, bevor es zu spät ist. Im Gegensatz zu einigen unserer Gegner führen wir bis heute einen fairen Kampf, aber wir sollten auch noch effektiver über unsere Verteidigung nachdenken.

Claus Momy, Berlin



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Rudolf Altmann, Zeitz
Norbert Blum, Leipzig
Günter Demmin, Grimmen
Wilfried Dietz, Halle-Neustadt
Ingrid Dittrich, Frankfurt/Oder
Roland Elsten, Schöneiche bei Berlin
Horst Felsch, Berlin-Friedrichsfelde
Christian Fiedler, Riesa
Helmut Friedrich, Barby
Lisa Hain, Berlin-Friedrichsfelde
Werner Heimbold, Chemnitz
Kurt Höhler, Bln.-Hohenschönhausen
Gerhard Hunger, Berlin-Karlshorst
Dr. Joachim Kaiser, Negast
Harry Kind, Leipzig
Walter Klein, Wolmirstedt
Günter Koitzsch, Dresden
Günther Krüger, Berlin-Pankow
Jochen Lange, Rostock
Edeltraud Liedloff, Berlin-Fhain
Friedrich Lumme, Magdeburg
Franz Mattern, Berlin-Treptow
Heinz Richter, Dranske
Gerhard Reipsch, Berlin-Köpenick
Rudolf Rolle, Berlin-Friedrichsfelde
Ludwig Sacher, Chemnitz
Manfred Schautschick, Hoy'werda
Georg Schewski, Schildow
Horst Schirmmacher, Schwerin
Manfred Schubert, Stollberg
Rudolf Schwabe, Cottbus
Helmut Wendt, Berlin-Friedrichshain

Ehre ihrem Andenken.

IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:
 Berliner Sparkasse
 Konto-Nr.: 171 302 0056
 Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
 Franz-Mehring-Platz 1
 10243 Berlin
 Telefon: (030) 58 31 43 15
 Fax: (030) 58 31 43 16
 Postanschrift: ISOR e.V.
 Postfach 0423
 10324 Berlin

Sprechstunden:
 Dienstag 9 bis 13 Uhr
 Mittwoch 9 bis 13 Uhr
 Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich
 c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
 Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin